



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **107. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/12363 Ausschussprotokoll 16/1458 (Anhörung)	
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)	

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf  
ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

---

<sup>1</sup> vertraulicher Teil mit den TOP 9 bis 11 siehe vAPr 16/69

- 2 Kommunale Steuererhöhungsspirale durch das GFG nachhaltig stoppen** 7
- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/13025
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU und bei Stimmenthaltung der Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 3 Gesetz zur Errichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts** 8
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12785  
Ausschussprotokoll 16/1461 (Anhörung)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 4 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016 (HHG) – bebautes Grundstück in Gelsenkirchen (Buer) -** 9
- Vorlage 16/4359
- Zustimmung gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.
- 5 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016 (HHG) – bebautes Grundstück in Gelsenkirchen (Mitte) -** 10
- Vorlage 16/4360

– Zustimmung gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.

**6 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) – bebautes Grundstück in Siegburg -**

11

Vorlage 16/4361

– abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an Plenum)

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.

**7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

12

Antrag  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500

– Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 29. September 2016  
Ausschussprotokoll 16/1455

– Auswertung der Anhörung

12

**8 Verschiedenes**

14



### 3 Gesetz zur Errichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12785  
Ausschussprotokoll 16/1461 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)

**Vorsitzender Christian Möbius** leitet ein, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 16. September zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss habe in seiner Sitzung am 30. September in Verbindung mit dem GFG 2017 unter der nachrichtlichen Beteiligung des HFA eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Wortprotokoll liege vor.

**Ralf Witzel (FDP)** weist darauf hin, dass seine Fraktion zu Beginn des Stärkungspaktes vieles mit Sympathie gesehen und begleitet habe. Das, was letztlich daraus geworden sei, sei jedoch nicht mehr zustimmungsfähig, weil damit für die sogenannten abundanten Kommunen immense Mehraufwendungen verbunden seien. Dieses Instrument halte man auch hinsichtlich der Finanzierung für falsch. Der Gesetzentwurf selber mache deutlich, dass keine ausreichenden Mittel des Sondervermögens vorhanden seien und nachgesteuert werden müsse. Insofern lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf ab.

**Mario Krüger (GRÜNE)** bittet darum, sich mit dem Gesetzentwurf näher zu befassen, denn dann komme man zu einer anderen Einschätzung. 70 % des Finanzvolumens, das für die dritte Stufe notwendig sei, kämen originär aus dem Landeshaushalt. Die verbleibenden 30 % würden durch die Gebietskörperschaften beigesteuert, etwa 17 % über das Gemeindefinanzierungsgesetz und lediglich ca. 13 % zulasten der abundanten Gemeinden. Insofern werde keine Umverteilung vorgenommen.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf zu.

